

Die Wahlanalyse und ihre Folgerungen für die politische Arbeit der CDU in den nächsten Jahren

Der Bundesvorstand der CDU befaßte sich auf seiner ganztägigen Tagung in Königswinter (18. 6. 1987) u.a. mit einer im Bonner Konrad-Adenauer-Haus erstellten Wahlanalyse. Die von Generalsekretär Heiner Geißler und Bundesgeschäftsführer Peter Radunski vorgelegte 178 Seiten starke Dokumentation fand großes Interesse und einmütige Zustimmung im Teilnehmerkreis. Die Wahlanalyse sollte die Grundlage für unsere politische Arbeit in den nächsten Jahren sein, erklärte Heiner Geißler vor der Presse in Bonn.

Die Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 hat die Regierungskoalition der Mitte im Amt und die CDU/CSU als mit Abstand stärkste politische Kraft der Bundesrepublik Deutschland bestätigt. Die CDU/CSU hat trotz günstiger Wirtschaftslage und trotz überzeugender Erfolge ihrer Regierungspolitik gegenüber 1983 2,2 Millionen Wähler verloren und ist mit 44,3 % bei dieser Wahl an der unteren Grenze ihrer politischen Möglichkeiten geblieben. Das wirft kritische Fragen auf, die eine intensive Wahlanalyse beantworten soll. Ziel dieser Analyse ist es, herauszufinden, wie die strukturelle Mehrheitsfähigkeit den Unionsparteien zu erhalten ist, damit wir die gestaltende Kraft in der Bundesrepublik Deutschland bleiben.

I. Politisch-strategischer Rahmen der Bundestagswahl 1987

1. Die Wahlkampf-Strategie der CDU war grundsätzlich richtig. Die Bundestagswahl war eine Richtungsentscheidung zwischen zwei politischen Lagern und eine Entscheidung über die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland. Die von der CDU bereits Ende 1985 entwickelte Lagertheorie, nach der die Bundestagswahl eine Richtungswahl zwischen der Regierungskoalition und dem rot-grünen Bündnis sei, hat nach Auffassung aller Analytiker die Wählerschaft in der Bundestagswahl 1987 strukturiert.

Schon früh hatte der Wahlkampf die scharfe Trennung zwischen diesen beiden Lagern im Bewußtsein der Wähler bewirkt. Es wäre daher falsch, die Lagertheorie aufzugeben, da sie der gegenwärtigen parteipolitischen Konstellation in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor entspricht. Während der Sieg der Regierungsparteien früh feststand, wurde über ihre Stimmenanteile allerdings erst in der Schlußphase entschieden.

Obwohl CDU und CSU als regierungsfähige Partei mit besseren Politikern und besseren Sachprogrammen eindeutige Imagevorteile hatten, konnten sie kein optimales Wahlergebnis erzielen. Auch die eindeutig höheren Kompetenz der Union in Wirtschaftsfragen änderten nichts an dem unterdurchschnittlichen Wahlergebnis.

Die Lagerkampagne hatte ihr Ziel erreicht, nämlich die Regierung zu behaupten, konnte aber eigene Verluste der Union nicht vermeiden, weil in der Schlußphase der außenpolitische Binnenwahlkampf innerhalb der Koalition die Lagerstrategie teilweise durchkreuzte. Hinzu kam, daß einer hohen Siegeszuversicht im Regierungslager eine weitverbreitete Hoffnungslosigkeit im rot-grünen Lager gegenüberstand, so daß viele Wähler ihre Entscheidung auch mit einer gewissen Sorglosigkeit hinsichtlich Wahllenthaltung und Stimmensplitting trafen.

2. Zu den herausragenden Ereignissen im Vorwahlkampf dieser Bundestagswahl gehört der Wahlsieg der Koalition von CDU und FDP in Niedersachsen. Ohne Übertreibung kann gesagt werden, daß hier die Grundlage für die Dominanz des Regierungslagers im Wahlkampf und den späteren Wahlsieg gelegt wurde, zumal die Landtagswahlen in Hamburg und Bayern diesen Stimmungstrend bestätigten.

3. Rund 43 % der Wähler geben an, daß der Wahlkampf für ihre Entscheidung einen gewissen Einfluß oder sogar einen starken Einfluß gehabt hat. Dabei erhält der Wahlkampf der CDU bessere Noten als der Wahlkampf der SPD (28 zu 14 bzw. 27 zu 19). 41 % der CDU/CSU-Anhänger haben sich in beiden Umfragen im Januar mit dem Wahlkampf der CDU identifiziert. Bemerkenswert ist, daß sich 8 % der Bevölkerung in den letzten Wochen und sich 4 % der Bevölkerung wenige Tage vor der Wahl entschieden haben. Dabei geht eindeutig aus Untersuchungen hervor, daß von diesen Spätentscheidern insbesondere die FDP profitiert hat. Die Entscheidung zugunsten der FDP ist sowohl koalitions politisch als auch unter aktuellen politischen Gesichtspunkten zu sehen.

4. Die ersten Kommentare zu den Bundestagswahlen sprachen von einer historischen Wahlentscheidung, weil das Vier-Parteien-System auf mittlere Sicht damit bestätigt worden sei. Dies dürfte auf absehbare Zeit richtig sein und stützt die Lagertheorie der CDU. Was die Stimmenanteile der Parteien

innerhalb der Lager allerdings angeht, war die Bundestagswahl vom 25. Januar lediglich eine Momentaufnahme und kein langfristiger Trend. Wie stark die Lagertheorie gewirkt hat, läßt sich auch daran ablesen, daß von den Unionsverlusten die SPD erstmals nicht profitiert hat. Festzuhalten bleibt aber auch, daß die beiden großen Parteien, CDU/CSU und SPD, die 1972 und 1976 bereits über 90 % der Stimmen erhalten hatten, nunmehr auf rund 80 % zurückgefallen sind, wobei dies besonders durch die Bildung einer vierten Partei, nämlich die Grünen, bewirkt wurde. Der Konzentration unseres Parteiensystems in den 70er Jahren ist eine gewisse Pluralisierung in den 80er Jahren gefolgt.

5. Der Wählermarkt in der Bundesrepublik ist offener geworden. Alle Institute sind sich darüber einig, daß zwischen 30 und 40 % Wechselwähler für schnell wechselnde Stimmungen und damit überraschende Wahlergebnisse disponiert sind: Kurzzeiteinflüsse, die aus bestimmten politischen Situationen kommen, können Wahlen noch in den letzten Wochen, ja letzten Tagen entscheiden. Das neue Wechselverhalten wird verursacht durch sozialen Wandel, Wertewandel und stärkere Orientierung am persönlichen Lebensstil. Zudem ist es auch leichter, innerhalb eines politischen Lagers zu wechseln.

Wahlstrategien dürften nicht länger allein auf sozio-strukturelle Merkmale der Wähler abzielen, sondern müssen Stimmungen, Lebensstile und aktuelle Haltungen zu wichtigen politischen Problemen ebenso miteinbeziehen wie grundsätzliche Werthaltungen. Nicht nur auf wirtschaftliche und soziale Interessen, sondern auch auf das Stilempfinden der Wähler muß Rücksicht genommen werden. Nur so kann übrigens ein weiteres Abschmelzen der Stammwähler verhindert werden, die nach wie vor die Wählermehrheit darstellen.

6. Alle Analysen zeigen, daß das Gros der Wähler sich der politischen Mitte der Bundesrepublik Deutschland zuordnet. Erneut zeigt eine schon lange beobachtete Entwicklung bei den SPD- und CDU/CSU-Wählern, daß sie sich in ihren Werten nicht grundsätzlich unterscheiden. Somit verläuft die eigentliche Trennlinie zwischen den verschiedenen politischen Grundhaltungen in dieser Gesellschaft nicht so sehr zwischen dem Wählerpotential von CDU und SPD, sondern innerhalb des Wählerpotentials der SPD, das in zwei politische Grundwerthaltungen geteilt ist.

II. Die Haupttrends der Bundestagswahl 1987

1. Richtungswahlen

a) Im gegenwärtigen Vier-Parteien-System der Bundesrepublik Deutschland nehmen die Wähler zwei grundsätzliche politische Richtungen wahr

(Regierungslager — rot-grüne Opposition). Sie wählen nicht nur nach parteipolitischen, sondern zunehmend auch unter koalitionspolitischen Gesichtspunkten. Das haben auch die nachfolgenden Landtagswahlen gezeigt, bei denen die Wählerwanderung zwischen den beiden politischen Lagern gering geblieben ist. Bereits bei der Bundestagswahl 1987 war der Verlust für CDU/CSU und FDP gegenüber 1983 nur 2,4 %. Diese Lagerbetrachtung von Seiten der Wähler hat dazu geführt, daß die kleinen Parteien profitieren konnten. Das koalitionstaktische Wahlverhalten ist im Stimmensplitting zum Ausdruck gekommen.

- b)** Etwa jeder zehnte Wähler machte bei dieser Bundestagswahl vom Stimmensplitting Gebrauch und wählte mit Erst- und Zweitstimme verschiedene Parteien. Für die CDU/CSU stand einem Erststimmenanteil von 47,7 % ein Zweitstimmenanteil von 44,3 % (= minus 3,4 %) gegenüber. Mehr als 4 % der Gesamtwählerschaft wählte mit ihrer Erststimme CDU/CSU und mit der Zweitstimme FDP.
- c)** Die CDU/CSU-Verluste von insgesamt 2,2 Millionen Wählern erklären sich nach den Wanderungsbilanzen in einer groben Tendenz wie folgt: 800 000 Wähler zur FDP, 800 000 Wähler blieben der Wahl fern und 400 000 Wähler gingen zur SPD. Damit ist der größte Teil der CDU/CSU-Verluste durch Abwanderung zur FDP oder Wahlenthaltung zu erklären.
- d)** Das FDP-Potential wurde erst in der Schlußphase stärker und erklärt sich im wesentlichen aus drei unterschiedlichen Wählerbewegungen:
- Eindeutige Unionswähler, die mit ihrer Zweitstimme die FDP über die 5%-Hürde bringen wollten.
 - Der größte Teil der FDP-Wähler ist dagegen aus dem Randwählerbereich zwischen Union und FDP gekommen und hat seine Stimme koalitionspolitisch bewußt eingesetzt, um der FDP Gewicht in der Regierung zu geben. In diesem Zusammenhang von Leihstimmen zu sprechen, wäre falsch, denn hier ist eine bewußte politische Entscheidung getroffen worden.
 - Schließlich hat die FDP Stimmen aus anderen politischen Bereichen gewonnen, denn sie ist, wie alle kleinen Parteien, immer auch eine Art „Resteverwerter“.

2. Geringere Wahlbeteiligung

- a)** Übereinstimmend betonen die Wahlanalytiker, daß die Nichtwähler insbesondere aus dem Reservoir der beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD hervorgegangen sind.
- b)** Als Motive für die Wahlenthaltung stehen politisch zu deutende Gründe im Vordergrund, aber auch gesundheitliche und familiäre Gründe. Zu den

politischen Motiven zählt die Protesthaltung der von der Union enttäuschten Wählergruppen wie z. B. der Bauern. Hinzu kam, daß bereits im Januar in einem ungewöhnlich hohen Ausmaß 82 % der Wähler davon überzeugt waren, daß die Koalition unter Helmut Kohl nach der Wahl weiterregieren könne. Die Stimmabgabe erschien demzufolge nicht mehr so wichtig wie bei einem Kopf-an-Kopf-Rennen. In dieser Stimmung war ein Teil der Wähler nicht mehr für den Urnengang zu mobilisieren.

c) Der schon traditionelle Rückstand der Jungwähler in der Wahlbeteiligung ist auch in dieser Bundestagswahl wieder deutlich geworden. Besonders die jungen Frauen haben sich nur unterdurchschnittlich an der Bundestagswahl beteiligt.

3. Altersstruktur: Keine Regierungsmehrheit bei den Wählern unter 45 Jahren

a) Ein wichtiges Ergebnis dieser Bundestagswahl lautet, daß die rot-grüne Opposition bei den Wählern unter 45 eine absolute Mehrheit erhalten hat, während das Regierungslager bei den über 45jährigen die absolute Mehrheit erhielt. Schärfer kann die Trennungslinie zwischen den Generationen über und unter 45 nicht gezeichnet werden. Noch 1983 hatte die Koalition bei den Wählern unter 45 eine absolute Mehrheit erreichen können.

Die Union hat bei den 25- bis 35jährigen mit 34,6 % ihren niedrigsten Stimmenanteil von allen Altersklassen. In den Großstädten mit über 200 000 Einwohnern liegen in dieser Altersklasse die Grünen mit 25,6 % sogar vor der Union mit 24,2 %. Diese Entwicklung muß von der CDU deswegen besonders beachtet werden, weil, wohl im Gegensatz zu früher, viele junge Wähler mit ihren Parteipräferenzen durch die Altersgruppen wandern.

b) Für die Union war bei dieser Bundestagswahl die altersstrukturelle Zusammensetzung der Wähler von großer Bedeutung. Von den rund 33,9 Millionen, die sich an der Wahl beteiligt haben, waren 18,4 Millionen über 45 Jahre alt. Bei den 45- bis 60jährigen haben CDU und CSU 1983 50,1 % erreicht. 1987 waren es 46,3 %. Das ist ein unterdurchschnittlicher Verlust. Bei den über 60jährigen errang die CDU/CSU 1983 52,6 % und 1987 52,3 %. Die Union konnte hier das Ergebnis praktisch halten.

c) Da es für das Erstwählerverhalten keine Aussagen in der Repräsentativen Bundestagswahlstatistik gibt, ist man auf Schätzungen angewiesen. Die plausibelste dieser Schätzungen stammt von INFAS: CDU/CSU 38 %, SPD 37,5 %, Grüne 16,5 %, FDP 7 %.

4. Stimmenentwicklung nach Wählerstruktur

a) CDU und CSU haben in Dienstleistungszentren geringere Verluste als im ländlichen Raum erlitten. Dieser Trend hat sich auch in den nachfolgenden Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Hessen bestätigt. Bei der Bundestagswahl hat die Union in den ländlichen Gebieten 5,6 %, in den Dienstleistungszentren dagegen nur 2,8 % verloren. In der Gesamtstruktur ihrer Wählerschaft bleibt die Union in ländlichen Gebieten eindeutig Mehrheitspartei.

b) Die Analysen zeigen aber auch, daß, wie die Landtagswahl in Hessen bewiesen hat, die CDU Chancen hat, beim neuen Mittelstand in den Dienstleistungsregionen Mehrheitspartei zu werden.

Bei der Bundestagswahl 1987 ging dieser Kampf um den neuen Mittelstand zwischen CDU/CSU und SPD unentschieden aus. In den Wahlkreisen mit den höchsten Dienstleistungs- und Angestelltenanteilen erzielte die Union 39,3 %; die SPD brachte es auf 39,2 %. Beide großen Parteien verzeichneten in diesen Bereichen Verluste von 3,6 bzw. 3,1 %. Dieser neue Mittelstand war 1976 und 1983 ein großer Erfolgsträger der Union gewesen und hatte 1972 den Wahlerfolg der SPD bestimmt.

c) Ein unterschiedliches Wahlverhalten zeigten Erwerbstätige, die mit modernen Technologien umgehen, und Erwerbstätige, die mit konventionellen Technologien arbeiten. Nach INFAS hat die SPD bei Erwerbstätigen mit konventionellen Technologien noch einen deutlichen Vorsprung vor der Union (46 zu 39 %). Anders jedoch die Parteipräferenzen von Erwerbstätigen mit neuen Technologien: Union und SPD liegen hier mit 43 % gleichauf. Die Grünen erreichten fast jeden 10. modernen Erwerbstätigen (9 %). „Die alte Arbeitnehmerpartei SPD tut sich schwer mit den modernen Arbeitnehmern.“

Die Union tritt — gemessen an ihrer traditionell schwächeren Verankerung in der Arbeitnehmerschaft — auf ungewohnt günstiges Terrain“ — so lautet die Bewertung von INFAS.

5. Einfluß des Arbeitsmarktes: Sicherheit des Arbeitsplatzes entscheidet

Beschäftigte mit sicheren Arbeitsplätzen haben in der Mehrheit die Union, Beschäftigte mit unsicheren Arbeitsplätzen die SPD gewählt. Von den 52 % der Beschäftigten, die im Öffentlichen Dienst oder in der privaten Wirtschaft sichere Arbeitsplätze haben, stellten sich bis zu 50 % hinter die CDU/CSU. Auch die FDP erhielt in diesem Bereich 10 %. Wo der Arbeitsplatz als unsicher empfunden wurde, weil die Konjunktur in diesem wirtschaftlichen

Bereich als schwierig galt, Entlassungen oder Umstrukturierungen erlebt worden sind, wurde die SPD mit 58 % gewählt. Die Grünen erhielten hier 11 %. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes ist also eine weitere wesentliche Trennungslinie für das Wahlverhalten in der Bundesrepublik.

6. Höhere Stimmenanteile für die Union bei den Frauen als bei den Männern, aber überdurchschnittliche Verluste bei Frauen unter 35 Jahren

a) CDU und CSU sind die einzigen Parteien mit höheren Stimmenanteilen bei Frauen als bei Männern. Die Unionsparteien haben bei dieser Bundestagswahl bei den Frauen mit 45,1 % insgesamt einen höheren Stimmenanteil erreicht als bei den Männern mit 42,5 %.

Auch blieb der Vorsprung der Unionsparteien mit 45,1 % gegenüber der SPD mit 37,8 % bei den Frauen deutlich.

b) Bei den Frauen unter 35 Jahren hat die CDU überdurchschnittliche Verluste erlitten, z. B. bei den Frauen zwischen 25 bis 35 Jahren etwa 7 %.

7. Rückstrom der gewerblichen Arbeitnehmer von CDU/CSU zur SPD

Die CDU hat bei den gewerblichen Arbeitnehmern einen großen Teil der 1983 gewonnenen Wähler wieder verloren. Schätzungen belaufen sich auf minus 6–8 %. Damit ist der Vorsprung der SPD im Berufskreis der Arbeiter (Angelernte wie Facharbeiter) 1987 wieder sehr deutlich geworden.

III. Folgerungen für die politische Arbeit der CDU

Unter Berücksichtigung der in der Anlage beigegebenen umfassenden wahlanalytischen Dokumentation ergeben sich für die politische Arbeit der CDU folgende Konsequenzen:

1. Der gesamte Wahlverlauf von Ende 1985 bis zum 25. Januar 1987 hat gezeigt, daß moderne Wahlkämpfe ohne eine intakte, professionell aufgebaute und finanziell abgesicherte Organisation nicht geführt werden können. Die Bedeutung der Wahlkämpfe ist in einer Zeit, in der die Medien, Stimmungen und aktuellen Ereignisse eine immer größere Rolle spielen, gewachsen, so daß wir alle Anstrengungen in den kommenden Jahren unternehmen müssen, um unsere Organisation modern und schlagkräftig zu erhalten. Eine Organisationskommission, die der Bundesvorstand eingesetzt hat, wird der Partei entsprechende Vorschläge unterbreiten.

2. Die Tatsache, daß der Anteil der Wahlbevölkerung, der flexibel auf aktuelle politische Anlässe reagiert, größer wird, und daß die beiden politischen Lager relativ nahe beieinanderliegen, zwingt dazu, die Bedingungen für die Wahlkämpfe nicht nur organisatorisch, sondern auch politisch zu optimieren. Dazu gehört eine gewisse Disziplin und die Wahl der richtigen politischen Themen und Begriffe in der Öffentlichkeit.
3. Ziel der politischen Arbeit in den nächsten Jahren muß es sein, das politische Gesamtkonzept als Volkspartei der Mitte umzusetzen. Für die CDU als Volkspartei kommt es darauf an, eine neue breite Wählerkoalition herzustellen, die soziale und wirtschaftliche Interessen, politische Ziele und Werthaltungen zusammenbindet. In Programm, Personen und Stil muß die CDU ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit in der politischen Mitte ausbauen. Die Zielgruppen sind der neue Mittelstand, die Arbeiter, Jungwähler, Frauen und die Menschen im ländlichen Raum.
4. Die CDU kann ihre Offenheit und ihre Führungskraft bei den neuauftretenden Problemen, die aus dem Wandel der Gesellschaft und der Umorientierung der Bevölkerung resultieren, am besten durch ihr politisches Programm und durch glaubwürdige Personen zum Ausdruck bringen. Es wird deshalb auch eine Aufgabe sein, z. B. vermehrt Menschen aus den Zielgruppen Neuer Mittelstand, Arbeiter, Jugend und Frauen in die Partei zu bringen und sie zu Repräsentanten der Union auf den verschiedenen Ebenen zu machen. Die Menschen, die wir ansprechen wollen, müssen sich auch in den Politikern der Union wiederfinden können.
5. Seit der Gründung der Union in den 40er Jahren und ihrem Grundsatzprogramm in den 70er Jahren haben politische Grundwerte immer eine Rolle in der Politik der CDU gespielt. In den wichtigen und grundsätzlichen Entscheidungen unserer Politik muß deutlich werden, daß wir unsere Politik, wie im Grundsatzprogramm festgelegt, auf dem christlichen Menschenbild aufbauen. Diese Grundlage ist das einigende Band für die große Volkspartei CDU und ihre einzige Chance, zukunftsorientierte, mehrheitsfähige und offene Volkspartei zu bleiben.